

fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Partelen und Masse — Die öster- reichische Anschlußfrage (v. L. Krafft)
Recht muß Recht bleiben — Tempo der Geschichte — Alt-Spartakus

NR. 6

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

MÄRZ 1930

Bücher und Schriften

von

ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten

Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren

Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 2,— Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti

Verlag Gildefreieitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,— Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen

Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die

Revolutionsergebnisse in München

FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 6

März 1930

Er erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,25 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschlüchtlingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Parteien und Masse

Wäre es wahr, daß wirtschaftliche Verelendung kraft unwandelbarer gesellschaftlicher Gesetze in dem Augenblick in Revolution umschlagen müsse, wo ihren Opfern die Ursachen der Not bewußt werden, dann hätten wir jetzt die soziale Revolution. Arbeiter, denen das Wesen des Kapitalismus als Ausbeutungseinrichtung unklar wäre, gibt es in Ländern mit vorgeschrittener Industrie kaum mehr. Nur bedingt die Einsicht in solche Zusammenhänge noch keineswegs die Ueberzeugung, daß der Kapitalismus abzuschaffen sei; das Erkennen des eigenen Elends als der natürlichen Folge der kapitalistischen Wirtschaft braucht durchaus nicht zum Anstreben sozialistischer Zustände zu führen; und wiederum ist auch das Bekenntnis zum Sozialismus noch lange keine Willenserklärung, mit welchen Mitteln und in welchen Formen die sozialistische Gesellschaft erstrebt und verwirklicht werden soll.

Ein großer Teil der Arbeiterschaft, wahrscheinlich umfaßt er die Mehrzahl der proletarischen Klasse in allen Ländern, macht sich über die künftige Gestaltung der menschlichen Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen überhaupt keine Gedanken. Der Durchschnittsproletarier, aufgewachsen in engsten, räumlich und geistig beschränkten Verhältnissen, schon als Kind in jedem Betracht verkümmert, geduckt, verprügelt, anspruchslos, äußerlich und innerlich unsauber, ohne beispielgebendes Vorbild zu rechtem Verhalten, ohne ausreichende Ernährung, ohne liebende Betreuung, ohne Berührung mit dem Schönen, Behaglichen und seelisch Erwärmenden des kulturellen Lebens, mit fast ertöteter Sehnsucht nach etwas Reinheit und Güte in seiner Welt der Dumpfheit, des Staubes und des boshaften Unglücks, — er sucht, auf sich selbst gestellt, ein wenig nachzuholen, was ihm die Kindheit vorenthielt, für das mißhandelte Ich, so lange dies armselige Dasein schon dauern mag, ein bißchen Vergnügen, Unterhaltung, Betäubung, und außerhalb der Arbeitszeit,

in der er Sklave ist, Befriedigung im Auftrumpfen als Willensmensch. So ist die proletarische Masse: ganz und gar individualistisch, in allen Regungen und Handlungen auf den eigenen Nutzen, auf kleine Vorteile innerhalb der gesetzten Ordnung bedacht, ohne Sinn für grundstürzende Pläne zur Herbeiführung lebenswürdiger Zustände, deren Segnungen ja doch erst künftigen Geschlechtern teilhaftig sein würden; dabei befangen in der von Staat und Kirche gelehrtten Moral von der Heiligkeit des Eigentums, von der Autorität jedweder Obrigkeit, von der Richtigkeit staatlicher Macht, der Macht schlechthin, die aus göttlichen Bezirken auf den Wandel der Menschen, aus Regierungen auf Untertanen, aus den eigenen Befugnissen als Mann und Familienvater auf Frau, Kinder und Abhängige niederschlägt. Das politische Interesse beschränkt sich auf die Zeitungsberichte, die unmittelbar zur eigenen Umwelt in Beziehung stehen, wird aktiv höchstens bei Gelegenheit von Wahlen, und die Beteiligung an Wahlen geschieht nicht zur Bekundung einer entschlossenen Gesinnung, sondern zur Stärkung des Selbstgefühls, das durch die Ausübung eines anerkannten Rechtes geschmeichelt wird, oder sie geschieht aus Verärgerung über Unbill durch die Arbeitsmethoden, über eine Kränkung durch den Werkmeister, über schlechte Erfahrungen mit diesem oder jenem Parteivertreter, oder auch nur, weil ja doch alle zur Wahl gehen und Fernbleiben im Betriebe und bei der Nachbarschaft Anstoß erregen würde. Das Wesen des Kapitalismus, die Tatsache, daß er arbeiten muß, das ganze Leben angestrengt und fruchtlos arbeiten, damit andre ein gutes Geschäft machen, ist so einem Durchschnittsproletarier gar kein Geheimnis, das man ihm nur zu enträtseln brauchte, um ihn zum Klassenkämpfer zu machen; er weiß genau so gut wie der beste Revolutionär, daß er seine Arbeitskraft an den Fabrikbesitzer vermietet, daß der Unternehmer ihn dank seines Besitzrechts jeden Tag arbeits- und erwerbslos machen kann, und daß es Arbeiterorganisationen gibt, die sich die Abschaffung dieses Zustandes zum Ziele gesetzt haben. Er weiß oftmals sogar, daß sein indifferentes Verhalten die stärkste Stütze des kapitalistischen Bestandes ist und entschließt sich dennoch nicht zur Teilnahme am proletarischen Kampf, zieht trotzdem sein jammervolles Bruchleben am laufenden Band oder an der Stempelstelle angesichts der früh alternden Frau, der rhachitischen Kinder, bei etwas Suff und Kartenspiel dem noch so zahmen Widerstande vor.

Es hat keinen Zweck, vor dem Unerwünschten die Augen zu schließen. Die Zahlen, die uns die politischen Parteien vorrechnen, um das bei allen Parlamentswahlen zutage tretende Interesse der Arbeiter an den öffentlichen Dingen zu beweisen, sind ohne alle Schlüssigkeit. Allein der Umstand, daß diese Zahlen von Mal zu Mal, von Wahl zu Wahl wechseln, zeigt, wie wenig Gesinnung und grundsätzliche Geisteshaltung hinter der Stimmabgabe steckt. Nur

ganz allgemeine Stimmungsmomente kommen bei solchen Kundgebungen zum Ausdruck, und diese Momente enthalten so gut wie keine positiven Forderungen im Hinblick auf gesellschaftliche Umgestaltung, die Schwankungen drücken nur Negatives aus, Kritik am Geleisteten, allgemeine Unzufriedenheit mit dem Gewerkel im Staat, Ablehnung der zuletzt angewendeten Methoden. Zuwachs erhalten bei allen Wahlen die Parteien, welche gegen die gerade herrschenden Klüngel die heftigste Opposition entfaltet haben; lösen sie, gestützt auf den also festgestellten Willen der Massen, jenen Klüngel in der Herrschaft ab, so büßen sie die Stimmen wieder ein und müssen bei der nächsten Zählung den inzwischen gestärkten abgehalfterten Parteien oder mit neuen Anklagen und Versprechungen vorrückenden Gruppen weichen. Das ist die parlamentarische Demokratie, die die Verwaltung des Gemeinwesens einem arithmetischen Rechenspiel überläßt, was insofern für den öffentlichen Betrieb ohne Nachteil ist, als die Machtverhältnisse in der Gesellschaft ja doch auf ökonomischen Grundlagen beruhen, irgend eine Aenderung dieser Grundlagen also auf gesetzlichem Wege gegen die Absicht der Wirtschaftsmonopolisten keinesfalls herbeigeführt werden kann. Jede Auswechselung im Regierungsapparat bewirkt somit nichts weiter als Personalverschiebungen in den höheren Aemtern und die Macht der an die Amtsruder gelangten Personen erschöpft sich im Wesentlichen in der Möglichkeit, Parteigegner zu schikanieren, Parteifreunde aber in die wohlthuenden Regionen hinaufzubefördern, wo die Befehle der wirklichen Landesherren, nämlich der Herren über Land, Erdschätze und Maschinen, ausgeführt werden. Hiervon wollen die Wähler nichts wissen. Sie lassen sich weismachen, ihre Beeinflussung des Wahlausganges habe entscheidende Bedeutung für den Fortgang der öffentlichen Geschäfte, der Stimmzettel, im richtigen Felde angekreuzt, mache ihre Wünsche zu maßgebenden Faktoren im Staate.

Das Verfahren bewährt sich für das kapitalistische Wirtschaftssystem, für die bürokratische Maschinerie des Staates und für die um die Amtssessel boxenden Parteien gleichermaßen, so lange wenigstens, wie die Masse sich von ihm täuschen läßt. Es gibt den Willenlosen das Gefühl, ihren Willen zur Geltung zu bringen, es überträgt den Urteilslosen das Urteil über das Wirken der regierenden Kräfte und vertraut dabei mit Recht auf ein so hohes Maß von Urteilslosigkeit, daß den alle vier Jahre zur Wahl zugelassenen Massen die völlige Unbeträchtlichkeit des Ausfalls ihres anonymen Urteilens für den Lauf der staatlichen Dinge niemals bewußt wird. Diese Art Demokratie bedeutet, formal betrachtet, die Diktatur der Gleichgültigkeit, der Unselbständigkeit und der Passivität über alle regen und handelnden Kräfte eines Landes, real gesehen die Ausschaltung jedes wirklichen Massenwillens aus den Maßnahmen der öffentlichen Gewalt. Für die Arbeiter, die von der Anwendung des Wahl-

rechts Nutzen erwarten, bedeutet die Zähl Demokratie Einreihung in die bürgerliche Staatsordnung, demnach Preisgabe des aus der Klassenlage des Objektes der kapitalistischen Wirtschaft von selbst gebotenen Kampfes um die Quellen alles Wohlstandes und Verzicht auf Selbstverantwortung und Aktivität. Für den Staat aber, für alle an der Erhaltung und Festigung der Wirtschaftsprivilegien Interessierten ist die Pflege des Gedankens grade in den Köpfen erbitterter Arbeiter von hohem Nutzen, man könne durch Additionskünste den Willen der Massen feststellen, man könne diesen Willen durch Wahlpropaganda schöpferisch beeinflussen, man könne den in der Wahl festgestellten Willen durch moralischen Druck auf die Gewählten zum Vorteil der Arbeiter, zum Schaden der kapitalistischen Einrichtungen zur wirkenden Kraft verstärken. Diese Meinung, soweit sie nicht einfach opportunistischen und streberischen Erwägungen entspringt, sondern von der ehrlichen Absicht ausgeht, im Gegenwartsstaat Stellung zu beziehen, um von da aus der Zukunft vorzuarbeiten, beruht auf einer gründlichen Verkenntung der Masse als bewegende und bewegte geistige Erscheinung.

Oben ist gesagt worden, daß diese Masse ganz und gar individualistisch sei. Das heißt nicht, sie stelle den Persönlichkeitswert aller ihrer Einzelmenschen dem Kollektivdenken sozialer Organisationen aus Gründen der Weltanschauung gegenüber. Es heißt nichts anderes, als daß die Masse ein formloses Gebilde von außerordentlich zahlreichen, innerlich durch nichts geeinten Individuen ist, deren jedes sich durch gehorsame Einfügung, kleine Lumpereien, rücksichtslosen Ellenbogenegebrauch, Vorsicht, Leichtsin, Schlaueit oder Heuchelei seinen Halt in den gegebenen Verhältnissen zu sichern sucht, hierbei nur auf das eigene Wohl und allenfalls noch auf das der Sippe bedacht, völlig uninteressiert jedoch an den gemeinsamen Sorgen und Leiden aller, ohne Empfinden für seine Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Masse, das andere Individuum der Masse nie als Schicksalsgenossen, immer nur als Freund, Feind oder Konkurrenten, also in Beziehung auf sich selbst beurteilend. Es verhält sich also so, daß die breite, breiige Masse zwar ein Konglomerat von Einzelgestalten, dennoch aber als Ganzes ohne alle Wirksamkeit ist; daß es ihr vollkommen an jedem Kollektivgefühl mangelt, sie aber trotzdem und gerade dadurch als Kollektivität behandelt werden kann; daß eine gewaltige Häufung von Individuen stattfindet, die das Gegenteil einer Verbundenheit von Individualitäten ist.

Daß Staat und bürgerliche Gesellschaft die Masse in diesem Zustande des egoistischen Mittrötens vortrefflich gebrauchen können, um unbehindert von der überwiegenden Mehrzahl ihrer Opfer beliebig schalten und sich obendrein noch auf den schmeichelhaften Zuspruch „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ berufen zu dürfen, versteht sich. Was die politischen Parteien betrifft, so richtet sich ihre Aufmerksamkeit allein darauf, bei den seltenen Gelegenheiten,

wo die Masse von einer künstlich hervorgerufenen allgemeinen Erregungswelle erfaßt wird, wie das bei jeder Wahl zu den Parlamenten der Fall ist, zu der verhältnismäßig kleinen Schar ihrer festen Anhänger eine möglichst große Zahl einmaliger Zustimmungen zu werben. Da bei dem prozentual außerordentlich geringfügigen Anteil der besitzenden Klasse an der Bevölkerungsziffer keine Partei im demokratischen Verfahren je daran denken könnte, durch einen Wahlanhang, der nicht zum weitaus stärksten Teil aus Besitzlosen besteht, zu den Staatsprüfungen zu gelangen, so ist klar, daß keine parlamentarische Partei berechtigt ist, ihre Legitimation, den Willen der Werktätigen zu vertreten, darauf zu stützen, daß eben sie im Gegensatz zu den andern Parteien von der werktätigen Masse in die gesetzgebende Körperschaft entsandt sei. Das trifft für ausnahmslos alle Parteien zu, wobei selbstverständlich der Bauernstand als werktätiger Volksteil dem Industrieproletariat gleichgesetzt ist. Jede politische Gruppe packt den Massenmenschen vor der Wahl bei einer andern Stelle seiner Sentimentalität, um ihn begreiflich zu machen, daß sie besser als jede Konkurrenz verstehe, woher seine üble Laune stamme und allein über die Mittel verfüge, ihn zu frieden zu stimmen. Dabei bezieht sich keine Partei, keine einzige, auch die nationalsozialistische nicht, auch die kommunistische nicht, auf die in den Tiefen jeder Menschenbrust schlummernde Sehnsucht nach sozialer Gemeinschaft, erst recht keine auf die stärkste aller menschlichen Seelenkräfte, das Ringen um die gesellschaftliche Freiheit als Grundlage der persönlichen Freiheit, — alle beziehen sich auf die äußeren Nöte des Einzelnen, die sie durch zweckmäßige Zwangsmaßnahmen gegen die Gesamtheit aus der Welt zu schaffen versprechen. Die Nationalisten zeigen auf den bösen Feind außerhalb der Landesgrenzen, schmeicheln dem Bürgerstolz des krumm gerackerten Steinklopfers, indem sie ihm die Eigenschaft, an der er am wenigsten Schuld oder Verdienst hat, sein Geborensein innerhalb deutscher Grenzpfähle, als rühmlichste und verpflichtendste aller Tugenden preisen und erfüllen ihm mit Rachedgedanken gegen seinesgleichen, die das Unglück haben, Schweinhunde zu sein, weil ihre Wiege jenseits jener Grenzen stand. So strömen die Proletarier massenhaft dem Stahlhelm zu oder aber verschreiben sich dem Hakenkreuz, dessen Heilkünder sie belehren, daß die Frevler gegen ihr Wohlergehen nicht nur diejenigen sind, die nicht zwischen bestimmten Bergen und Flüssen geboren sind, sondern vor allem diejenigen, deren Vorfahren keine vorschriftsmäßige Schädelform hatten. Wer sich erinnert, daß es vor dem Kriege größere Semmeln gab und wem einmal ein jüdischer Hausierer Hosenträger aufgeschwätzt hat, die nach vierzehn Tagen entzwei gingen, ist für die nationale und völkische Sache gewonnen. Die Kirchlichen verweisen auf die Sündhaftigkeit der Welt, und der wahlberechtigte Arbeitende oder Arbeitslose, der an Gott und die Heiligen glaubt, weil

seine Väter und Ahnen seit Menschengedenken an sie geglaubt haben, und weil er schon, als er ein kleines hungriges Kind war, erfahren hat, daß Not Beten lehre und infolgedessen gern hört, daß Beten Not heilen könne, — er schaut herum und stellt fest, daß andere Menschen in der Tat recht häßlich denken, handeln und leben und wählt die Partei, die sich mit den himmlischen Mächten verbündet hat und der es darum am irdischen Segen nicht fehlen wird; er, der Wähler, wird dabei gewiß nicht schlecht fahren. Andre wählen die Vertreter der Industriellenpartei, die ihnen sagen, daß es dem Arbeiter nur gut gehen kann, wenn sein Brotgeber reichlich verdient, und wieder andre die Demokraten, die ihnen die Gleichheit vor dem Gesetz rühmen, die es jedem Zeitungsjungen ermöglicht, ein Rockefeller zu werden, wenn er nur tüchtig ist; auch du, Franz Biberkopf, kannst es noch zum Millionär bringen, wähle erst mal demokratisch. Oder wähle die Wirtschaftspartei, oder die Befreier der Mieter oder die Impfgegner; jeder kennt deine besonderen Leiden, jeder wird dich, gerade dich, reich, glücklich und gesund machen, wenn du ihn ermächtigst, dich zu regieren.

Wie wenig Begabung und selbst Neigung zu kritischem Urteil die von allen zu gleichem Zweck umworbenen Massen haben, dafür bietet Vergangenheit und Gegenwart der Sozialdemokratie den allerschlagendsten Beweis. Sie zeigte dem Proletariat mit schärfster Logik die Ursachen seines Elends auf, lehrte ihn das Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begreifen, überzeugte es davon, daß in der Ausbeutung keine schicksalhafte Notwendigkeit, sondern veranstaltete Entrechtung und organisierte Plünderung der Armen durch die Reichen zu erkennen sei — und versprach Abhilfe, Gerechtigkeit, Brot, Arbeit in Freiheit und Sozialismus, sobald eine genügende Anzahl Wählerstimmen ihr das Heft des Staates in die Hand gäbe. Der Zusammenbruch des Kaiserreiches nach einem Kriege, dessen hoffnungslose Fortsetzung durch viereinhalb Jahre der Preisgabe aller Grundsätze zuzuschreiben ist, mit deren Verkündung die Sozialdemokratie alle dem Massenindividualismus zu sozialistischem Gemeinschaftsstreben entronnenen Arbeiter in ihre Partei, in ihre Gewerkschaften zu locken gewußt hatte, schob — wiederum durch Verrat an denen, die Gesinnungstreue zur Tat drängte — den Führern der Sozialdemokratie tatsächlich die Staatsmacht zu. Jetzt mußte jeder sehen, daß nichts von allem, was die Partei ihren Wählern eingeredet hatte, ernst gemeint war, daß die Eroberung der Machtposten im kapitalistischen Staate Endzweck aller Werbung dieser Leute gewesen war. Sie hatten die Posten nicht etwa durch die Wahlen in die Hände bekommen, sondern durch Aktionen der proletarischen Minderheit, die die Sozialdemokratie stets mißverstanden hatte, indem sie ihren Versicherungen glaubte, und ihr Erstes war, daß sie die bislang als Volksfeinde bezeichneten Kräfte des Feudalismus und Militarismus zu Hilfe rief, um den tatbefeuernden Glauben

der Revolutionäre an wirkliche Befreiung, an Sozialismus und menschliche Gemeinschaft niederschlagen. Ihr Ebert sprach am Vortage der Revolution, die ihn emporhob, das Wort: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde“. Dieser Mann ist niemals zum Reichspräsidenten gewählt worden; seine Partei übergab ihm das neugeschaffene Amt, ohne ihre Wähler zu fragen, und Jahre später bestätigte ihm der in der Mehrheit bürgerliche Reichstag unter Verzicht auf die verfassungsmäßig vorgeschriebene Stimmzettelwahl, daß er auf dem usurpierten Platz sitzenbleiben könne, bis er ihn hindenbureif gegessen haben würde. Die breiten Massen erlebten die sozialdemokratische Wirksamkeit von Versailles über die Inflation und alle wüste Reaktion bis zur krassesten Verleugnung der letzten und primitivsten sozialen Forderungen, erlebten den Noske und den Hörsing und hielten still bis zum Severing, Grzesinski und Zörgiebel. An Stimmenzahl hat die Partei nichts eingebüßt, obwohl sie das arbeitende Volk mit indirekten Steuern — die den Aermsten so viel an den Staat zahlen lassen wie den Reichsten — schlimmer belastet als je eine Regierung unter Wilhelm, obwohl sie die Unzufriedenheit der Notleidenden schmählicher vergewaltigt als je ein Bismarck, obwohl sie Gesetze gegen die Opfer der Arbeitslosigkeit erläßt, die die früher von ihnen propagierte Gesinnung unter härteren Zwang stellen, als es die berüchtigten Umsturz- und Zuchthausvorlagen der 90er Jahre vorhatten, gegen die sie die Proletariate der ganzen Welt zum Protest aufriefen. Sie haben sich zu Handlangern der skrupellosesten Ausbeutung gemacht, die je gegen ein arbeitendes Volk unternommen wurde, sie haben den Arbeitern das Brot vom Tische gerissen, um Panzerkreuzer zu bauen, Kavalleriepferde satteln, Kriegsgerät vermehren zu können. Sie sperren Schulen, lassen Spitäler verfallen, verteuern die Verkehrsmittel, sparen an Wohnbauten für das Proletariat, um mehr Pistolen, Gummiknüppel, Ueberfallwagen, Karabiner und Spitzel gegen diejenigen verfügbar zu haben, die heute dasselbe sagen, was sie vorher jahrzehntelang gesagt haben. Sie verbieten Arbeiter-Organisationen, die sich gegen die Wehrbünde der Kapitalisten sichern wollen; sie lassen die Mordvereine der Hitlerschen ungeschoren, weil sie in ihnen willkommene Hilstruppen gegen die kommunistische Konkurrenz schätzen. Sie schießen auf Straßenpassanten, wenn sie in Proletariervierteln wohnen und ihnen daher zuzutrauen ist, daß sie dem Gedanken der Maifeier als Bekenntnis zur Befreiung der Arbeiterklasse treu geblieben sein könnten. Sie verhöhnen die Arbeiter, von denen sie sich wählen lassen, indem sie sich bei Sektgelagen mit den rücksichtslosesten Feinden des Proletariats photographieren lassen. Tut nichts: die vielgepriesene Masse wählt sie. Warum? Nicht weil sie sie liebt, sondern weil ihr der Erfolg imponiert, weil sie die Leute belohnen will, die es dank ihrer unbefangenen Streberei zu etwas gebracht haben, weil sie zudem erfreut ist, daß die Staatsbetreuer da oben

Menschen ihres eigenen Schlages sind, Individualisten ohne Persönlichkeitswert, Machthungrige ohne Verbundenheit, Zufriedene mit jedem noch so erbärmlichen Zustand, der ihnen selber nur den Aufstieg ermöglicht. „Nicht als Persönlichkeit, sondern als Exponent einer Machtgruppe“ habe er das Amt eines preußischen Bildungsministers zu versehen, erklärte der Sozialdemokrat Grimme, als er die Nachfolge des Demokraten Dr. Becker antrat, der seinerseits beim Abschied verriet, er müsse den Posten räumen, weil er der Persönlichkeit ihren Anspruch in den Angelegenheiten der Kultur wahren wollte. Wir verstehen unter Persönlichkeit wahrscheinlich etwas anderes als der Staatsminister Becker, wir verstehen unter Persönlichkeit bestimmt etwas anderes als den Staatsminister Becker; offenkundig versteht aber der verabschiedete Minister Becker unter Gesinnung etwas anderes als Herr Dr. Grimme, der unter diesem Begriff gar nichts versteht, da man sich sonst nicht nur als Exponent einer Machtgruppe empfinden kann. Die Masse aber ist durch seinen Ausspruch ebenso gekennzeichnet wie er selber und seine Partei. Wer an der Macht ist, den wählt sie; wo der Erfolg ist, der äußere, der offizielle Erfolg, da läuft sie nach; und nicht wer die Masse hat, hat den Erfolg, sondern wer den Erfolg erringt, erringt die Masse.

Darum ist es für Revolutionäre ein Unding, sich um die Anerkennung der möglichst zahlreichen Masse zu mühen. Nur wahrhaft Ueberzeugte, nur zum Kampf mit allen seinen Folgerungen Entschlossene können für eine revolutionäre Sache wirken. Dies ist der Irrtum auch der Kommunistischen Partei, daß sie meint, ihren Zielen näherzukommen, wenn sie mit möglichst großen Zahlen von Mit- und Nachläufern rechnen kann. Sicher ist, daß die parlamentarische Politik dieser Partei nicht den vorgeschobenen Grund verfolgt, die Tribüne zu benutzen, von der aus der Gedanke der proletarischen Revolution ins Weite schallt. Er schallt nämlich von der Parlamentstribüne nicht weiter als bis ins Parlamentsstenogramm und dort vermodert er in Papier. Die Beteiligung am Parlamentarismus ist für die Kommunisten, soweit nicht Einzelne wie in allen Parteien persönlichen Ehrgeiz befriedigen wollen, das Mittel, an die breiten, unüberzeugten Massen heranzukommen, die den Anarchisten und übrigen Antiparlamentariern alle Sympathie versagen, weil die ihnen nicht einmal Gelegenheit geben wollen, einmal in vier Jahren im geheimen Kämmerlein bekunden zu dürfen, daß auch sie Exponenten einer Macht sind. Die Wahl- und Parlamentspolitik hat die Kommunisten längst den besten Teil ihrer ursprünglichen Anhängerschaft gekostet, den Teil, der eben nicht Exponent, sondern wirkende Persönlichkeit im Kampfe sein möchte. Alle Wahlpropaganda, ob sie mit revolutionären Parolen arbeitet oder nicht, muß der Masse, den Indifferenten, die allein majoritätbildenden Zulauf abgeben können, entgegenkommen. Ihrem egoistischen, auf winzige Erleichterungen unter den augenblicklichen Umständen gerichteten Kleinbürgergemüt

müssen Zugeständnisse gemacht werden. Diese allem Ideal ganz fremde, nur rohen materiellen Nützlichkeiten zugekehrte amorphe Masse läßt sich gewiß durch radikale Worte gewinnen, sie ist aber keineswegs für Taten zu haben und es ermangelt ihr jeder Sinn für wahre Radikalität der Gesinnung. Die kommunistische Presse schlägt zur Zeit außerordentlich kräftige Töne an, was angesichts der unerhörten Krise, der sprunghaft wachsenden Not immer weiterer proletarischer Kreise verständlich und vielfach nur angemessen ist. Aber an wen wendet sie sich? Immer nur an die sozialdemokratischen Wähler, an die Massen, die in elf Jahren gezeigt haben, daß sie jeden Verrat fressen, wenn sie nur nicht nachhaltig aus der Ruhe gebracht werden. Es nützt nichts, daß die Kommunistische Partei andauernd beteuert, sie sei die einzige revolutionäre Kraft des Proletariats. Sie hat mit ihren Losungen, Aufrufen, Terminsetzungen für Demonstrationen und Aktionen zu oft Schiffbruch erlitten, als daß ihr die wirklich entschlossenen Revolutionäre noch folgen möchten. Es geht nicht, daß man fortwährend die breiten Massen auffordert, große Unternehmungen gegen den Staat und die Führer der staats-treuen Parteien zu veranstalten. Die Revolutionäre, die aktiv sein könnten, werden nicht gehört, ehe man solche Kundgebungen festsetzt; sie aber lehnen es selbstverständlich ab, in einen Kampf zu ziehen, der ohne ihre Mitwirkung hinter verschlossenen Türen beschlossen wird, dessen Ziele sie nicht erfahren und von dem sie befürchten müssen, daß seine Zwecke dem Machtstreben der Partei, womöglich bloß dem Streben nach Staatsmacht im kapitalistischen Getriebe eher dienen sollen als der wirklichen Befreiung der proletarischen Klasse. Auch ist nicht jeder Kämpfer bereit, jede Aeußerung seines revolutionären Willens mit Hochrufen auf Stalin und den russischen Staat zu begleiten, der seine eigenen Gesinnungs-genossen, weil sie den alten Forderungen treugeblieben sind, verfolgt, verbannt und einkerkert. Auch mit diesen Methoden kann man nur Massen zu lärmenden Zustimmungen bewegen, die zu stilleren Taten nicht zu bewegen wären. Die Kommunistische Partei Deutschlands, heute Gegenstand schändlicher Verfolgungen und Vergewaltigungen, kann sich darauf verlassen, daß sich, sollte man es wagen, den Verhaftungen, Durchsuchungen, Provokationen aller Art das Verbot der Zeitungen und Organisationen selbst folgen zu lassen, alle proletarischen Revolutionäre solidarisch neben sie stellen werden. Dann wird sie erkennen, daß die breiten gesinnungslosen Massen keine Stütze sind, an die man seine Ueberzeugungen anlehnen kann, und daß nur da von Massenkraft geredet werden kann, wo die Masse nicht uferloser Sumpf, sondern auf harten Boden gegründeter Fels ist.

Die Revolution wird nicht erzwungen, indem man in eine flutende unbekannte Menge ihre Losungen hineintrompetet und sich selber vorher als ihr Führer und unfehlbarer Lotse anpreist. Sie

kommt, wenn eine genügend große Schar entschlossener Menschen, eine Minderheit von tief miteinander, tief mit der Klasse der Arbeiterschaft verbundenen Persönlichkeiten mit voller Selbstverantwortung jedes Einzelnen das Uebel, das revolutionär beseitigt werden soll, nicht mehr erträgt, wenn die materiellen Gründe, die den wirtschaftlichen und politischen Umsturz rechtfertigen und notwendig machen, von sittlichem Geiste zu ideellen Forderungen emporgetragen sind, wenn eine Freischar Entschlossener den Augenblick der Reife ihrer Stunde erfaßt und das Banner vor allen erhebt, die folgen wollen. Gustav Landauer rief in eine Münchner Versammlung das prachtvolle Wort hinein: „Ich brauche keine Revolutionäre! Ich brauche Revolution! Die Revolution wird ihre Revolutionäre von selber haben!“

Die österreichische Anschlußfrage

Seit dem Bestande der österreichischen Republik spukt ein merkwürdiges Problem in den Hohlköpfen aller Parteien, nämlich das des Anschlusses an Deutschland. Als 1918 der österreichische Staat gleichsam als Ueberbleibsel der zertrümmerten Habsburgermonarchie entstand und zu einer europäischen Verlegenheit wurde, war es die erste Sorge der beauftragten Staatsgeburthelfer des Bürgertums und der Sozialdemokraten — auch „Staatsräte“ genannt —, nach dem etwas plötzlich entdeckten Mutterland Deutschland zu schielen, wobei hauptsächlich die vorgefaßte Meinung der Lebensunfähigkeit Oesterreichs ins Treffen geführt wurde. Das ängstliche Verbot der imperialistischen Entente bereitete allen diesen Versuchen ein jähes Ende; doch die innerpolitische Situation, die scheinbare Linkspolitik der Sozialdemokratie, ließ die radikalen Kräfte des Bürgertums immer wieder nach dem politisch gemäßigten Deutschland blicken, wo mittlerweile Noske und seine Helfer die junge, hoffnungsvolle Revolution zielbewußt meuchelten. „Nur der Anschluß an Deutschland ist Oesterreichs einzige Rettung!“, hieß es dann 1920/21 in verstärktem Maße, denn die nationalistische Propaganda stieg übereinstimmend mit der völkischen Hochflut in Deutschland, und Probeabstimmungen, Studentenkundgebungen, die sich bis zum gelegentlichen Ausreißen einiger Grenzpfähle steigerten, und ähnlicher alldeutscher Tamtam lösten einander ab und standen im Vordergrund der österreichischen Innenpolitik. Erstaunlich rasch hatte sich aber die einheimische Sozialdemokratie umgestellt; sie nützte die beliebt gewordene Anschlußphrase weidlich aus, indem sie gleichfalls hingebende Propaganda für sie betrieb und sich nicht entblödete, zuguterletzt einen Wahlschlager daraus zu machen. Der Eintritt von führenden Sozialdemokraten in die Leitung des „Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes“, eines Anschluß-Animiervereins, ihre Mitarbeit an dessen Werbeblatt „Der Anschluß“, die engen Beziehungen des Republikanischen Schutzbundes zum klassenharmonischen Reichsbanner „Schwarzrotgold“

stammen aus jener Phase der Anschlußbewegung und haben zur Verwässerung der sozialdemokratischen Partei wesentlich beigetragen. Eines Tages verstummte aber mit einem Male das ganze Anschlußgetue und -geschrei, kein Hahn krächte um Deutschland mehr und Schweigen befahl alle Patrioten vom Hakenkreuz bis zu den Rosaroten. Was war geschehen und woher kam dieser Umschwung der Gefühle? Oesterreichs Bürgertum hatte sich inzwischen auf Kosten seiner Proleten einigermaßen saniert, der gutfundierte Schilling die Kassen der Nationalbank verlassen, während man in Deutschland mit Billionen rechnete und im Inflationsdreck erstickte. Da ist es nur allzu begreiflich, wie abgekühlt, wie reserviert die Anschlußsehnsucht der österreichischen Bourgeoisie und ihrer Mitläufer sein mußte. Doch die Zeiten änderten sich und schließlich kehrte mit der Rentenmark das verlorene Anschlußvertrauen reuig zurück, um allmählich von einem ganz neuen Faktor zum zweiten Male in den Hintergrund gedrängt zu werden. Der Heimwehrfaschismus, welcher seine Gelder wohl aus völkischen, doch zuletzt auch aus fremdvölkischen Taschen zog, sah sich zu weitgehenden Zugeständnissen und Gegenleistungen verpflichtet. Nach dem Verzicht auf Südtirol folgte bezeichnenderweise in Oesterreich die Absage prominenter Heimwehrführer an den Anschluß, wozu man sich „völkischer“ Blätter wie der „Action Française“, des „Temps“ und Vollblutdeutscher wie Jules Sauerwein, des politischen Redakteurs des „Matin“ in Paris bediente, worüber nun unsere empfindlichen Sozialdemokraten „Verrat!“ schreien.

Der wandelbare Anschlußstandpunkt, den die österreichischen Parteien nach der jeweiligen Konjunktur einnehmen, wurde gezeigt, und es soll nun versucht werden, die Meinung der österreichischen Anarchisten zur Anschlußkomödie zum Ausdruck zu bringen. Der Anschluß an Deutschland — und das muß klar gesagt werden — ist aus einer Reihe einschneidender Lebensfragen des österreichischen Proletariats restlos abzulehnen und schärfstens zu bekämpfen. Der Anschluß würde in Oesterreich die ohnedies kärglich bemessenen politischen Freiheiten noch mehr einschränken und für die Betriebe den bisher noch abgewehrten deutschen Zehn- und Elfstundentag bedeuten. Die Militärherrschaft, das Damoklesschwert der Diktatur, drückendere Steuern und indirekte Abgaben — die der deutsche Arbeiter aufgehalst bekam — würden in Oesterreich sofort willige Nachahmung finden, und hinzu käme noch ein gewaltiger Anteil der Kriegsschulden, die internationale Einsicht dem verelendeten Oesterreich bereits erlassen hat. Die unerhörte Staatsbevormundung, die niederträchtige Justizbedrückung, welche in Deutschland weit größer ist als irgendwo in der Welt, würde importiert und mit ihnen noch vieles andere, woran wir augenblicklich nicht denken. Aus allen diesen Gründen ist jede Anschlußpropaganda ein Verbrechen am österreichischen Proletariat. Der Anschluß käme einzig und allein dem Interesse der Steigerung deutscher Staatsmacht zugute, er würde die militärische Bedeutung Deutschlands erhöhen, alles Dinge, welche wohl dem Kapitalismus, aber niemals der Arbeiterschaft nützen können. Noch ist Deutschland nicht der Staat, welcher einwandfreie Friedenspolitik betreibt. Im nächsten Kriege, in den Deutschland aller Wahrschein-

lichkeit nach verwickelt sein wird, teilte der österreichische angeschlossene Prolet das Schicksal der Kolonialtruppen im Weltkriege: er könnte als Staatsbürger zweiter Güte die Kastanien aus dem Feuer holen!

Für Anarchisten ist daher aus allen diesen Gründen und Perspektiven die österreichische Anschlußfrage keineswegs ein Problem. Sie sind grundsätzlich gegen jedes Staats-un-wesen, jeden Staatsmachtzuwachs — ein solcher steht hier in Frage —, der immer nur Unheil, neues Verderben in sich birgt. Sie wissen wohl, daß das deutsche und das österreichische Volk innerlich eins sind, aber achten den Anschluß beider Bruderstämme für jenen Augenblick von selbst gekommen, in dem die sieghafte Idee der Anarchie die letzten Staatsschranken beseitigt hat und ein freies Europa seine Geburtsstunde feiert.

L. Krafft, Wien.

Recht muß Recht bleiben

In Artikel 7 des Londoner Protokolls vom 16. August 1924, mit dem der Dawes-Plan den Charakter eines internationalen Vertrages erhielt, heißt es unter 1: „Niemand darf unter irgendeinem Vorwand verfolgt, beunruhigt, belästigt oder einem materiellen oder moralischen Nachteil unterworfen werden, sei es wegen einer Tat, die in der Zeit zwischen dem 11. Januar 1923 und dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens in den besetzten Gebieten ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen begangen worden ist, sei es wegen seines politischen Verhaltens in jenen Gebieten während der angegebenen Zeit, sei es wegen seines Gehorsams oder seines Nichtgehorsams gegenüber den Befehlen, Ordonanzen, Verordnungen oder Anordnungen, die von den Besatzungsbehörden oder den deutschen Behörden mit Beziehung auf die Ereignisse während des bezeichneten Zeitraumes erlassen worden sind, sei es endlich wegen seiner Beziehungen zu jenen Behörden.“ Unter 2: „Die alliierten Regierungen und die deutsche Regierung werden alle Verurteilungen und Strafen aufheben, die wegen der vorstehend bezeichneten Handlungen zwischen dem 11. Januar 1923 und dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens von den Gerichten oder Verwaltungsbehörden ausgesprochen worden sind.“ Unter 3: „Die Bestimmungen der §§ 1 und 2 finden keine Anwendung auf Verbrechen gegen das Leben, die den Tod herbeigeführt haben.“ Als die Kommunisten damals im Reichstag den Antrag einbrachten, diese Amnestie auszudehnen auf das rechtsrheinische Gebiet und die wegen politischer Vergehen Verurteilten und Verfolgten unter Zugrundelegung der Bestimmungen des Londoner Protokolls im ganzen Reiche straffrei zu erklären, ließ die Demokratische Partei durch Herrn Erich Koch-Weser erklären, es sei traurig genug, daß man den Separatisten nicht mehr beikommen könne, nun dürfe man aber das Unheil nicht noch vermehren. Dieser Auffassung, daß man froh sein müsse, wenigstens noch überzeugte Männer der Arbeiterklasse, welche der Ausplünderung aller arbeitenden Deutschen, aller deutschen Rentner, Sparer, Kriegsoffer und Kinder durch die Veranstalter der Inflation Widerstand zu leisten empfahlen, — wenigstens sie noch im Zuchthause schinden zu können, schloß sich die Mehrheit der Körperschaft an, die auch danach nicht aufhörte, unter dem Namen Volksvertretung Demokratie zu exekutieren.

Der Young-Plan sieht für das Inkrafttreten der Haager Uebereinkünfte eine ähnliche Regelung der während der Besetzung des Rheinlandes geschehenen strafbaren Handlungen und ihrer Folgen vor, die als „Räumungs-

Amnestie“ bezeichnet wird. Auch die Ausnahmebestimmung für „Verbrechen gegen das Leben, die den Tod herbeigeführt haben“, ist im Gesetzentwurf wieder enthalten. Jetzt hat sich im Rheinland unter Vorsitz des ehemaligen Düsseldorfer Regierungspräsidenten Grützner, ein Amnestieausschuß gebildet, der die Aufnahme eines Paragraphen im neuen Gesetz durchsetzen will, „wodurch diese Amnestie auch auf diejenigen Deutschen angewendet wird, die in Abwehr der Verräter in der unruhigen Besatzungszeit Tötungsverbrechen begangen haben“. Die Grütznerschen klagen darüber, daß von der geplanten Amnestie „nur diejenigen Deutschen begünstigt werden, welche in der Besatzungszeit den gegnerischen Mächten Vorschub geleistet haben“ und finden, daß „eine Ergänzung dieser Amnestie zugunsten der staatsstreuen Deutschen daher unbedingt erforderlich ist“. Herr Grützner ist Sozialdemokrat. Seine Name ist den deutschen Arbeitern aus weniger menschenfreundlichen Kundgebungen im Gedächtnis, die mit der vorliegenden nur das gemeinsam haben, daß sie sich ebenfalls auf die Vorgänge in den besetzten Gebieten bezogen. Er war es, der bei den „gegnerischen Mächten“ um die Erlaubnis nachsuchte, unzufriedene deutsche Arbeiter mit blauen Bohnen zufrieden machen zu dürfen und die Hilfe des Besatzungsmilitärs in Anspruch nahm, um den rheinischen Industriellen ihren Profit zu sichern. Um die Durchführung der Dawes-Amnestie aber hat er sich anscheinend wenig bekümmert, mindestens nicht darum, daß sie auch „zugunsten der staatsstreuen Deutschen“ angewendet wurde. Die Kommunisten hatten während der Ruhrbesetzung die seltsame Parole ausgegeben, den Separatismus mit allen Mitteln zu bekämpfen, und die ihnen anhängende revolutionäre Arbeiterschaft mischte sich tatsächlich in den Streit der Kapitalisten um den richtigen Lauf der Staatsgrenzen zugunsten Deutschlands ein und kämpften und siegten im Bunde mit der preußischen Sipo am Aegidienberg bei Honnef und anderswo, und dann verurteilten sie die Franzosen zu Gefängnisstrafen von meistens 1 Jahr. Die Amnestie befreite sie alle, aber nur für sehr kurze Zeit. Denn kaum waren die Genossen draußen, da griffen die deutschen Behörden nach ihnen und brachten sie vor die Niedner, Lorenz und die übrigen Republiksschützer des Leipziger Reaktionstribunals. Die scherten sich einen Dreck um die Lendoner Amnestie, erklärten, die gelte nur für die Separatisten; wer aber den deutschen Gewalten gegen die Franzosen und Sonderbündler geholfen habe, habe über die Absicht, das Land von ihnen zu befreien, hinaus die Diktatur des Proletariats angestrebt, demnach Hochverrat nebst Verbrechen gegen das Republiksschutzgesetz begangen und müsse ins Zuchthaus. Da Recht Recht bleiben mußte, erhielten sie zu dem Jahr Gefängnis, das die Franzosen in Anwendung der Amnestie abkürzten, für die gleiche, kraft internationalen Rechtes amnestierte Tat noch viele Jahre Zuchthaus von den eigenen Landsleuten. Daß Herr Grützner damals Herrn Stresemann ersucht hätte, für die Innehaltung der von ihm unterzeichneten Verträge mit dem Ausland durch die deutsche Justiz Sorge zu tragen, ist nicht bekannt geworden. Allerdings handelte es sich damals nicht wie jetzt um völkische Nationalisten, sondern nur um deutsche Arbeiter; auch wurde denen von keiner Seite Verbrechen gegen das Leben mit Todesfolge vorgeworfen.

Immerhin ist mit Genugtuung zu vermerken, daß beim Youn-Plan Stimmen in Deutschland laut werden, die nicht eine Einschränkung, sondern eine Erweiterung des beabsichtigten Amnestiegesetzes fordern. Sogar solche Stimmen werden schon hörbar, die die Ausdehnung der Straferlasse über das Rheingebiet hinaus auf das ganze Reich empfehlen. Es sind die Freunde der Schulz, Klapproth, Fahlbusch, die sich nicht damit begnügen, daß mit Ausnahme eines einzigen alle Beteiligten der Femeataten längst enthaftet sind, sondern auch die lästige Drohung mit Wiedereinsperrung und neuen Prozeßenthüllungen beseitigen wollen. Die Landvolk-Attentate sind ja auch noch nicht prozessiert, noch nicht einmal die allmähliche Freilassung aller in diesen Zusammenhängen Verhafteten völlig beendet, und da der

tapfere Herr Hitler mit teutonischem Rülpfen die Dynamitleger von seinem Hakenkreuz abgeschüttelt und sogar Privatprämien für ihre Ermittlung ausgesetzt hat, wäre es immerhin möglich, daß ein paar Aermere unter ihnen, da doch Recht Recht bleiben muß, verurteilt werden können; nachher hat man dann die Umstände, bis man sie, was Wochen dauern kann, allesamt als haftunfähig wieder bei sich hat.

Hier ist von jeher und in vielerlei Zusammenhängen die Ansicht vertreten worden, daß kein Revolutionär, zumal kein Anarchist, Anlaß hat, vom Staat die Bemühung seiner Machorgane zur Bestrafung irgendwelcher Rechtsbrecher zu verlangen. Ich gestehe, daß mich die Nichtverfolgung nationalistischer politischer Mörder oder Brandstifter nicht im allergeringsten entrüstet. Solche Entrüstung würde nur die Naivität eines Menschen kennzeichnen, der in einer klassenmäßig geschiedenen Gesellschaft die Möglichkeit in Betracht zöge, daß gleiches Recht für alle gelten könnte. Wenn der Staat sagt: Recht muß Recht bleiben, so meint er — und kann nichts anderes meinen als: Macht muß wie Recht behandelt werden. Wenn die Staatsorgane also in Rechtsprechung und Rechtshilfe bestimmte politische Gruppen bevorzugen, andere benachteiligen, so erweist sich darin einfach die Einschätzung der begünstigten Gruppen als Machträger, die der entrechteten als Ohnmächtige in der bestehenden Gesellschaft. Wollen wir zu irgendeinem Ausgleich in der Betätigung staatlichen Rechtes beitragen, so können wir das als gänzlich Machtlose niemals durch die Forderung tun, der Staat solle seine Autorität gegen bestimmte Gesetzesverletzer in Anwendung bringen, sondern immer nur durch die negative Forderung, er solle sie, wo immer er einen Teil damit verschont, auch für den anderen Teil außer Kraft setzen. Nur für diese negative Forderung kann der wirtschaftlich und politisch Schwache seine Zwangsmittel, die vor Ausbruch der Revolution ausschließlich in Demonstrationsmaßnahmen bestehen, wirksam machen, nur mit ihr kann er aber auch die Staatsgewalt unter den Druck der Unbequemlichkeit stellen, die behauptete Rechtsgleichheit auch da logisch zu begründen, wo nicht mehr die Verschiedenheit der Gesetzauslegung bei der Anwendung in Frage kommt, was stets leicht ist, sondern wo es sich um die ausgesprochene Nichtanwendung der Gesetze handelt; wobei die Rechtsverweigerung nicht durch Unterlassung, sondern durch positives Tun in Erscheinung gesetzt wird. Für die Freilassung patriotischer Gewalttäter ohne Amnestie lassen sich stets Vorwände finden, für die Zurückhaltung proletarischer Revolutionäre trotz Amnestie ist es kaum möglich, ohne die Phrase vom einheitlichen Recht sogar als Phrase preiszugeben.

Bei der Zehnjahresfeier der Weimarer Verfassung unterblieb jede Amnestie, was die außerordentlich mäßige Hochachtung der Machthaber im Lande vor dieser Verfassung sinnfällig machte. Amnestien haben in Deutschland, seit es Republik ist, nur stattgefunden, wenn die antirepublikanischen Kräfte im Lande sie verlangten. Dann haben manchmal auch Revolutionäre davon profitiert. Jetzt stehen wir vor der Tatsache eines Amnestieverlangens, das von Nationalisten ausgeht, also aussichtsvoll ist. Alle proletarischen Organisationen haben Ursache, dahin zu wirken, daß die Amnestie möglichst weit greife. In den letzten Wochen sind nicht weniger als 24 kommunistische Redakteure verhaftet worden. Die zahllosen Ueberfälle der Staatsgewalt auf Arbeitslosen-Aufmärsche, die Pistolen- und Knüttelattacken in Hamburg, Chemnitz, Berlin und an vielen anderen Orten, die Erregung der breiten Arbeiterschichten durch die fürchterlichen Vorauswirkungen des Young-Planes, Verteuerung aller wichtigsten Ernährungs-, Gebrauchs- und Verkehrsmittel, räglich wachsende Zahl der Erwerbslosen, Hungernden, Frierenden und Obdachlosen, Betriebsschließungen, Einschränkungen der Produktion, Entzug der Unterstützungen, Verhinderung von Lohnkämpfen durch die Schlichtungsguillotine des Staates und der Gewerkschaften, — alles dies schafft fortgesetzt neue Opfer des proletarischen

Kampfes. Die haarsträubende Besetzung des Karl Liebknechthauses, unmittelbar nach der Auflösung der Antifaschistischen Jugendgarde, die Rücksichtslosigkeit des neuen Republikschutzgesetzes, dessen Gefahren für alle proletarischen Revolutionäre auch die warnende Stimme Kurt Rosenfelds nicht mehr wird abwenden können, die offenkundige Absicht Severings und Grzesinskis, sofort nach Durchdrückung dieses verwegenen Attentats gegen die nicht zu Schwarzrotgold übergelaufenen Arbeiter, die KPD. und danach alle revolutionären Arbeiterorganisationen aufzulösen, geschieht in dem Bestreben, politische Verbrecher zu schaffen, durch Zuchthausstrafen im größten Maßstabe vom Kampf um bessere Lebensbedingungen, um Arbeit, Brot und Menschenwürde abzuschrecken. Jetzt ist Zeit, Amnestie zu verlangen, damit die Staatslenker merken, daß die Arbeiter nicht weniger Solidarität für ihre Klassengenossen haben, als die Nationalisten für ihre faschistischen Vorkämpfer.

Allerdings darf die Forderung nicht wieder den zarten Unterschied machen zwischen politischen und „kriminellen“ Straftaten. Wir haben es 1928 erlebt, wie man damals das Ding schob. Die Staatsanwälte und Richter, die die Proletarier möglichst hoch verknackten, durften nachher entscheiden, ob sie Politische waren oder nicht. So blieben die Genossen Mehlhorn und Burkhardt im Zuchthaus, nicht ohne der Staatsmacht die neue Theorie beschert zu haben, daß Hochverrat auch mal ein unpolitisches Delikt sein kann. So wurde Peters und Nachtigall übergangen und Kobitsch-Meyer mußte im Käfig umkommen. Wir haben gerade wieder einen Fall, der zeigt, wohin die sorgfältige Prüfung nach politischen oder unpolitischen Zusammenhängen führt, wenn sich das Proletariat selber mit dergleichen Krampf-begriffen abquält. In Arnsberg verhandelte das Schwurgericht (was man bei uns noch so nennt) gegen die anarchistischen Genossen Garde und Liesegang wegen des Ueberfalles auf Schloß Wocklum in Westfalen, bei dem ihr Befreier aus dem Festen Hause in Buch, Genosse Wichert, leider im Feuergefecht fiel. Sie wurden zu $7\frac{1}{2}$ bzw. $6\frac{1}{2}$ Jahren Zuchthaus verurteilt, der Antrag des Staatsanwalts auf Erkennung von Ehrverlust und Zulassung der Polizeiaufsicht jedoch abgelehnt mit der ausdrücklichen Begründung, daß die Angeklagten aus politischen Motiven — Erlangung von Geld, Sprengstoffen und chemischen Fabrikationsgeheimnissen zur Veranstaltung terroristischer Aktionen — gehandelt haben und daher als Ueberzeugungstäter anzusehen seien. Garde hat ohnehin noch eine Zuchthausstrafe abzumachen, die 1923 begann und bis 1942 laufen sollte; Liesegang sitzt seit 1920 und seine Zuchthauszeit als „Krimineller“ dauert noch bis 1937. Danach erst beginnen die neu erworbenen Jahre, so daß Garde jetzt noch 20 Zuchthausjahre vor sich hätte. Aber auch seine früheren Straftaten betrafen lauter Unternehmungen, die politische Zielsetzungen hatten. Er hat sich seit Jahr und Tag darauf berufen, hat mindestens für einen Teil seiner früheren Strafzeit die Anwendung der Amnestie von 1928 verlangt. Das hat gar nichts genützt, und da die Gerichte seine Forderung nicht belangvoll fanden, sahen auch die proletarischen Hilfsorganisationen, die sich ja aufs Politische kaprizieren, keinen Grund ein, sich seiner anzunehmen. Jetzt ist es endlich gelungen, seine Anerkennung als politischer Verbrecher durch das Gericht zu erzielen, das in der Begründung folgende bemerkenswerte Feststellung traf: „Es ist nicht Sache der Angeklagten, den politischen Charakter ihrer Straftat zu beweisen, sondern es ist Sache des Gerichts, ihnen die politischen Motive zu widerlegen. Nur wenn es gemeine Motive annimmt, kann es auf Ehrenstrafen erkennen, denn alles, was zur Begründung der Verhängung einer Strafe dient, muß ausdrücklich bewiesen werden. Das Gericht ist nicht in der Lage, den Angeklagten eine niedrige Gesinnung bei ihrem Verbrechen nachzuweisen, ist also nicht berechtigt, auf Aberkennung der Ehrenrechte, die eine Nebenstrafe ist, zu erkennen.“ Nachdem dieser höchst wichtige Prozeß — ich habe über ihn in „Berlin am Morgen“ berichtet — die beiden früher stets als gemeine Banditen behandelten ausge-

zeichneten Genossen gerechtfertigt hatte, hat auch der Pressedienst der Roten Hilfe seine Verdächtigung Wicherts zurückgenommen. Es wäre nun aber Sache der Roten Hilfe, in allen Fällen, in denen Gefangene sich auf politische Motive berufen, nachzuforschen, ob sich das Gericht die Mühe genommen hat, ihnen diesen Einwand umständlich zu widerlegen oder ob, wie das meistens geschieht, dem Proletarier einfach unterschoben wird, eine politische Ueberzeugung nur geltend zu machen, um einmal bei einer Amnestie berücksichtigt zu werden. Die Amnestieforderung ist sofort bei Gelegenheit der jetzt notwendigen Bezeichnung derer, die berücksichtigt werden sollen, auf alle diejenigen Gefangenen auszudehnen, deren Berufung auf politische Zusammenhänge von den Gerichten ungeprüft übergegangen worden ist.

Ferner muß man endlich die Liquidierung aller Landesverrattssachen verlangen. Kein Mensch glaubt an den Landesverratt Heinrich Bullerjahns, der im Zuchthaus sitzt, damit die Staatsautorität und die Reputation des Herrn v. Gontard keinen Schaden leidet. Selbstverständlich ist, daß die Genossen frei werden müssen, deren Strafzeit 1928 auf $7\frac{1}{2}$ Jahre herabgesetzt wurde. Die Grütznersche Forderung, daß die Zufälligkeit, daß jemand bei der Strafsache zu Tode gekommen ist, für die Amnestierung keine Rolle spielen dürfe, ist nicht nur für die paar „staatsstreuen Deutschen“ jenseits des Rheins berechtigt, sondern für jeden, der einmal ins Gedränge des Kampfes geraten ist. Man rede nur nicht so üppig von der Heiligkeit des Lebens, das ist keine geringere Heuchelei als das Gerede vom Recht, das Recht bleiben muß. Man besteckt nicht ein ganzes Land auf allen Straßen mit schwer bewaffneten Scharfschützen, die das Recht haben, in unbewaffnete Haufen, die nach Brot schreien, einfach hineinzuknallen, wenn einem das Leben aller Menschen wichtig und heilig ist. Man rede erst recht nicht von Heiligkeit des Lebens, wenn man jemanden, der es zufällig leisten kann, auch wenn er unter Verdacht des Mordes steht, einfach gegen Stellung einer Kaution von 100 000 Mk. in Freiheit setzt, wenn man sich ja auch darauf berufen kann, daß man den ärmsten Bettler unter den gleichen Umständen wie den Kulmbacher Kommerzienrat Meußdörffer freilassen würde, sobald er ebensoviel Geld hinterlegte.

Der Fall Meußdörffer gibt aber Anlaß, für die Amnestie folgende Forderung zu erheben: Heraus mit allen Gefangenen, die auf Indizien verurteilt sind! Es gibt in den deutschen Strafanstalten Hunderte von Gefangenen, die die Tat, für die sie verurteilt sind, nicht begangen haben, es gibt Dutzende, die von dieser Tat überhaupt erst Kenntnis erhielten, als sie damit in Verbindung gebracht wurden. Wiederaufnahmeprozesse gibt es fast nie. Anträge werden stets mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß die Möglichkeit, der Betreffende habe die Tat begangen, nicht völlig widerlegt ist. Recht muß Recht bleiben! Wäre aber der Betreffende ein reicher Mann, so wäre solches Recht niemals Recht geworden. Ferner heraus mit den Kranken aus den Kerkern! Kein vermögender Bürger oder nationaler Mann muß sitzen, wenn er krank ist. Die Kranken- und Irrenabteilungen der nur von armen Teufeln bevölkerten Strafanstalten aber bersten von hilflosen siechen Menschen. Heraus mit denen, die aus purer Not strafbar geworden sind, mit den Opfern des Bürgerkrieges, der Inflation, der Erwerbslosigkeit! Heraus mit allen alten Leuten aus den Zuchthäusern, mit allen, die noch unter Wilhelm II. hineingeraten sind, mit allen Jugendlichen, mit allen Frauen, auf die unversorgte Kinder warten! Heraus mit jedem Gefangenen, der von irgendeinem Ausnahmegericht verurteilt wurde, heraus mit allen, deren Tat durch die Lage der Umstände, unter denen sie geschah, eine Wiedeholung ausschließt! Heraus mit denen, die die Verzweiflung am eigenen Leben zur verzweifelten Handlung gegen das Recht eines andern trieb!

Nicht ängstlich sein mit den Forderungen, Genossen! Möge der Staat sich sträuben, zu handeln, wie es dem Proletariat erwünscht wäre. Es

kommt darauf an, daß das Proletariat sich dazu entschließt, das zu verlangen, was seinem Menschengefühl entspricht. Je stärker dieses Verlangen in ihm Ueberzeugung wird, um so mehr Klassengenossen wird er von der Richtigkeit seines Gefühls überzeugen. Je stärker die Stimme klingt, die vom Staate Recht fordert, um so schwerer wird es dem Staate sein, diese Stimme zu überhören. Je mehr das Proletariat vom Staate verlangt, um so leichter wird es ihm werden, überhaupt etwas zu erreichen. Die Macht, die der Staat Recht nennt, kann nur zerschellen an dem wirklichen Recht, das mit der Freiheit ans Licht dringen wird. Dem Heuchelwort des Staates aber: Recht muß Recht bleiben! soll die Arbeiterschaft das Wort entgegenstellen: Unser Recht muß Recht werden!

Tempo der Geschichte

Die Geschichte rollt nicht schnell genug ab, darüber klagen von jeher alle, die die Welt verändern möchten. Es ist täglich zu hören, wenn Arbeiter die Tollheit der gegenwärtigen Zustände im Gespräch erörtern: Ja, das Elend wird immer größer, die Teuerung immer unerträglicher, die Reaktion immer frecher, die Verzweiflung immer größer, aber man sieht keine Veränderung im Verhalten des Proletariats, es geschieht nichts in der Welt, was irgend auf nahe Umwälzungen hindeutete. Diese Verzagtheit ist viel schlimmer als der entgegengesetzte Fehler, in jedem Magenknurren schon den Donner der Revolution zu hören. Alexander Herzen sagte von Bakunin: Er hält immer den zweiten Monat für den neunten. Unsere Revolutionäre heutzutage aber erkennen überhaupt keine Schwangerschaft in dem Uebelbefinden der Gesellschaft und müssen einmal davor gewarnt werden, dadurch an einer Fehlgeburt schuldig zu werden. Die Gesellschaft ist trüchtigt mit neuem Werden und die Geburtshilfe muß bereit sein zum Zugreifen — nötigenfalls mit der Zange. Vielleicht überzeugt sich mancher Zweifler von den Krämpfen in den Eingeweiden der Welt, wenn ein paar Vorgänge aus den letzten Wochen kurz neben einander genannt werden. Jeder dieser Vorgänge wäre in ruhigeren Zeiten Anlaß gewesen, die ganze Menschheit monatelang in wallende Aufregung zu versetzen; jetzt ist man derlei Ereignisse so gewöhnt, daß man über die Zeitungsmeldung hinwegliest, ohne zu merken, daß der Erdball an allen Enden zuckt und sich in Kreißen windet, jetzt ist es einer Monatsschrift nicht mehr möglich, dem Ablauf der Geschichte auch nur in den erregendsten Aeußerungen ihres Raketentempos zu folgen; so ungeheure Schnelligkeit hat die Umdrehung des Zeitgeschehens angenommen.

Aus dem Berichtsmonat: In Indien reckt sich die geballte Faust in die Höhe, die dem britischen Imperialismus den empfindlichsten Nerv seines Saugrüssels zerschmettern wird. Der indische Nationalkongreß hat deutlich gezeigt, daß die proletarischen Revolutionäre des Landes die diplomatischen Umgangsmethoden mit dem englischen Vizekönig satt haben. Die beispiellose Volkstümlichkeit Gandhis ist bei den ausgebeuteten Volksschichten jäh in Feindschaft umgeschlagen, seit er die Befreiung seiner Landsleute nicht mehr durch die Verjagung der kapitalistischen Plünderer durchsetzen will, sondern sich damit bescheidet, in 14 Forderungen an die Vergewaltiger einige Erleichterungen vorzuschlagen, die praktisch nicht mehr bezwecken, als die Zulassung indischer Ausbeuter als Konkurrenz für die Europäer ohne Einschränkung. Die Vorgänge bei der Feier des indischen Unabhängigkeitstages müssen Gandhi klar gemacht haben, daß die Spinnereiarbeiter, die dort die Tribünen stürmten und die rote Fahne hißten, unter Unabhängigkeit etwas anderes verstehen als einige papierne Zugeständnisse der britischen Machthaber an den Patriotismus.

einer aufstrebenden einheimischen Demokratie. Der Heiligenschein des Gewaltlosen verblaßt. Er fordert die Herabsetzung der Heeresausgaben um die Hälfte; 50 Prozent bewaffnete Söldner zur Niederhaltung indischer Lohnsklaven bewilligt er den fremden Imperialisten, und das Recht zum Waffentragen für Zwecke der Selbstverteidigung erbittet er von denen, gegen die diese Selbstverteidigung nötig ist. Das heißt, für 50prozentige Freiheit der Inder bei 50prozentiger Gewaltlosigkeit sein. Die indische Revolution steht vor dem Absprung. Gandhi wird nicht mehr ihr Bannerträger sein, sondern ihr Opfer. Er ist Realpolitiker geworden; Heilige aber sind nur erträglich, wenn sie weise genug sind, Narren zu bleiben.

In London sitzen wieder einmal die Kriegsschürer beisammen und beraten sich über das Kräftearrangement beim nächsten Seekrieg. Für das Publikum heißt diese Tätigkeit Flottenabrüstung. Solche Konferenzen sind von Zeit zu Zeit nötig, dann nämlich, wenn der Weltkapitalismus einen neuen Krieg zur Förderung der Geschäfte für nicht mehr lange aufschiebbar hält. Dann können die Generäle, Admiräle und Außenminister die Spionage über die Vorbereitungen der künftigen Feinde nicht mehr den Vigilanten allein überlassen, dann müssen sie sich einmal von Person zu Person beschnüffeln und einander mit dem bewährten Schnupftabak des Pazifismus die Würmer aus der Nase ziehen. Deutschland darf diesmal nicht dabei sein. Grönerts Panzer-ABC ist ohnehin ringsum bekannt. Auch weiß man daß die Müller-Regierung dermaßen sparsam wirtschaften muß, daß sie nicht einmal 100 000 Mark als Anerkennungsrate für den Kreuzer B lockern kann. Dafür hat sie den Heeresetat nachträglich noch um 40 Millionen Mark erhöht, die durch Abzüge von der Invalidenversicherung und von der Wochenhilfe eingespart werden. Die Säuglinge, die man auf diese Weise fürs Vaterland sterben läßt, werden ja nun beim übernächsten Kriege nicht rekrutiert werden können; ein Grund mehr, der Reichswehr rechtzeitig eine Geldentschädigung zuteil werden zu lassen.

In Spanien regiert jetzt an Stelle des Generals Primo de Rivera ein Kollege, der den Faschismus auf demokratische Art weiter betreiben will. Darob herrscht große Freudigkeit bei allen, die die Severings immer noch den Mussolinis vorziehen (es werden freilich immer weniger, wenn auch eine gewisse Sorte niemals ganz alle wird). Was in aller Welt für die Severings ist, ist im Hinblick auf die spanische Wendung zur Legalität für Alfons XIII. Dieser majestätische Fürchtenichts ist — das ist seine Rolle bei der Absägung Primos — vor der Wut der Arbeiter und Studenten gegen die Militärdiktatur wieder einmal unter die Soutane seiner Pfaffen geflüchtet. Sie haben 1909 bewiesen, wie sie mit freiheitlichen Bestrebungen umspringen. Wie sie mit Ferrer fertig geworden sind, hofft der gekrönte Liebling seines Volkes, werden sie auch mit den Republikanern fertig werden, denen zu begegnen der neue General vorerst die liberale Gesinnung des Königs vor Augen führen soll. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die temperamentvollen spanischen Studenten und daß die revolutionären Arbeiter des Landes, die fast durchweg antiautoritär sind, sich mit der Firmenänderung lange zufrieden geben werden. Mit dem Sturz des Diktators sind Kräfte in Bewegung gekommen, die die Luft über die Pyrenäen weg in ganz Europa ins Schwingen bringen werden.

Die Neuwahl eines Präsidenten in Mexiko endete mit Pistolenschüssen, ein nicht ganz belangloses Zeichen dafür, daß man in manchen Ländern anfängt, einen Landesherrn fehl am Orte zu finden, noch bevor er seine Befähigung, ein Volk zu entretten, praktisch beweisen konnte. Die Verfolgung der Kommunisten in Mexiko nach dem Attentat, obwohl glaubhaft gemacht ist, daß kein Kommunist an der Verschwörung beteiligt war, läßt auf die Einsicht der herrschenden Kreise schließen, daß jedes Proletariat, das Not leidet und dagegen organisatorische Maßnahmen er-

greift, vernünftigerweise den Repräsentanten des kapitalistischen Systems nicht gewogen sein kann. Haben auch die revolutionären Arbeiter nicht auf den neuen Präsidenten geschossen, sagen sich mit Recht die Staatsgewalten, so hätten sie doch mehr Anlaß dazu gehabt, als die Parteigänger des bürgerlichen Gegenkandidaten, die tatsächlich geschossen haben. Darum wird eine gewaltige Dauerrazzia auf Kommunisten und Anarchisten veranstaltet und die gute Gelegenheit benutzt, zugleich die diplomatischen Beziehungen mit Rußland abzubrechen. Das sieht nach Energie aus, bestärkt den Wahn der internationalen Bourgeoisie und eines großen Teils der internationalen revolutionären Arbeiterschaft, als ob es Rußland in seiner Außenpolitik nicht auf Geschäfte mit dem Weltkapitalismus, sondern auf die Entfaltung der proletarischen Weltrevolution ankäme, und erfüllt überdies den wahren Zweck, dem amerikanischen Petroleumkapital mit einem empfindlichen Schlag gegen den russischen Konkurrenten eine in Dollarwerten verzinsliche Gefälligkeit zu erweisen.

Indessen befriedet sich auch Europa zusehends. Der Faschismus in Oesterreich wird unter vorläufigem Verzicht auf die Heimwehren zwischen Mussolini und Schober auf dem Wege über ein Bündnis bewerkstelligt, das Horthy zum zehnjährigen Henkeramtsjubiläum als Geschenk dargebracht wird. Der damit begründete Dreibund Italien-Oesterreich-Ungarn ist ein ragender Meilenstein auf dem Wege zum nächsten europäischen Kriege. Er bereitet als Gegengewicht gegen die Kleine Entente Tschechien-Rumänien-Jugoslawien die Methode des „Gleichgewichtes der Kräfte“, die auch 1914 ihr weitgestecktes Ziel erreichte, für die Periode des Faschismus vor. Ob der neue Krieg, wie das von den Bolschewisten behauptet wird, tatsächlich von einer imperialistischen Weltentente gegen Rußland geführt werden wird, ist nicht wahrscheinlich. Rußland soll wirtschaftlich, seines Außenmonopols wegen, ruiniert werden, um es in der nächsten bewaffneten Auseinandersetzung aller gegen alle koalitionsfähig für eine der Mächtegruppen zu machen. Deutschland dient den amerikanischen Schiebern dieser Politik als Vorspann für den Wirtschaftskrieg gegen Rußland, indem die Segnungen des Young-Planes das Kreditbedürfnis der Berliner Regierung gewaltig steigern und zu seiner Stillung erst die Kreugersche Zündholz-anleihe mobil gemacht wurde, die den russischen Export schwer trifft und jetzt eine noch viel einschneidendere Kreditaktion eingeleitet ist, nämlich ein Monopolabkommen für den gesamten deutschen Oel- und Benzinbedarf, das mit den Firmen Shell und Standard-Oil abgeschlossen werden soll. Damit erfährt die russische Wirtschaft den denkbar schwersten Schlag und gleichzeitig wird Deutschland wichtigstes koloniales Absatzgebiet für die am Young-Plan interessierten imperialistischen Länder. Die Frage, wer die mitteleuropäische Arbeiterschaft als weiße Lasttiere so ausquetschen darf, wie es die deutschen Patrioten vor dem Kriege mit farbigen Menschen gemacht haben und lieber heute als morgen wieder machen möchten, ist also fürs erste ohne neuen Krieg gelöst worden. Dennoch ist zweifelhaft, ob sich die Lehre noch vor dem nächsten oder übernächsten Weltkriege allgemein durchsetzen wird, die Henry Ford kürzlich bei einer Unterredung zum Ausdruck brachte, indem er erklärte: „Es gibt nur einen einzigen Weg, dem Krieg ein endgültiges Ziel zu setzen, nämlich, indem man den Leuten, die durch einen Krieg verdienen, kiarmacht, daß sie auf andere Weise mehr verdienen können.“

Die hier gestreiften geschichtlichen Ereignisse beziehen sich samt und sonders auf politische Bewegungen, die erst im Laufe des letzten Monats in den Lichtkreis der Öffentlichkeit getreten sind. Dabei sind allerentscheidendste Vorgänge wie die Wirkung des Riesenkrachs an der New-Yorker Börse mit der Umschichtung von Milliardenwerten garnicht erwähnt worden, ebensowenig das moralische Lamento des Papstes zugunsten der griechisch-katholischen Kirche, die er in Rußland gefährdet

und vergewaltigt sieht, was der römischen Kirche deshalb so weh tut, weil sie die orthodoxe Konkurrenz schon seit dem Sturz des Zaren, der zugleich oberster Priester dieser Kirche war, zum Aufgehen in der eigenen Herrlichkeit reif machen wollte. Es scheint also, als ob immerhin einiges Tempo im Lauf der Geschichte spürbar wäre. Wer aber findet, daß in all dem Geschehen des einen Monats keine Beschleunigung der sozialen Revolution erkennbar sei, dem muß nahegelegt werden, sich weniger auf die Aktivität der Feinde seiner Bestrebungen zu verlassen, weniger auch auf das automatische Abrollen der historischen Notwendigkeiten und das dialektische Walten der materialistischen Gegebenheiten und lieber selber zu versuchen, die Ereignisse nach der gewünschten Richtung zu stoßen. Vielleicht kann er dadurch das Tempo der Revolution erfreulich beschleunigen.

Alt-Spartakus

Wenige Tage hintereinander starben, beide erst im fünften Lebensjahrzehnt, zwei führende Persönlichkeiten der alten Spartakusbewegung, beide beteiligt an der revolutionären Organisation des proletarischen Widerstandes gegen den Krieg, beide Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, beide zeitweise leitende Köpfe der Zentrale dieser Partei: Ernst Meyer und Paul Levi. Nur der Zufall der Gleichzeitigkeit ihres Todes führt zur Vergleichung ihres Lebens, das trotz der vielen äußerlichen Berührungen ihrer Schicksale, trotz der persönlichen Begegnungen beider in vielen geschichtlich bedeutungsvollen Situationen kaum jemanden auf den Gedanken gebracht hätte, Parallelen zu ziehen. So verschieden war die Anlage dieser beiden Charaktere, so fern von einander liefen die Geleise ihrer inneren Bewegkräfte, so fremd stand die Menschlichkeit des einen zu der des anderen, obwohl doch wieder beide bis zum Ende aktive Politiker blieben, beide am Ende ihrer Laufbahn Parlamentsabgeordnete waren, beide von weiten Kreisen radikaler Arbeiter als Intellektuelle beurteilt wurden, denen der Doktorhut den freien Blick in die wahre Lage des Proletariats überschattete. Ernst Meyer war noch Mitglied der KPD., wäre es aber als geistiger Führer der sogenannten Versöhnler-Gruppe bestimmt nicht lange mehr geblieben (mit peinlicher Schnelligkeit fingen unmittelbar nach seinem Tode, als ob man nur mit Rücksicht auf den ohnehin unrettbar Kranken bis jetzt gezögert hätte, die Hinauswürfe der ersten „Renegaten“ dieser oppositionellen Mittelgruppe an). Paul Levi war seit vielen Jahren aus der Partei nach rechts abgeschwenkt, hatte die erste Fraktion gegen die von ihm geschaffene streng zentralistische Organisation, die Fraktionen grundsätzlich verpönte, aufgezogen, die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, hatte von dort aus den Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gefunden und war endlich bei der Nürnberger Einigung mit dem Gros seiner Genossen zur alten Sozialdemokratie zurückgekehrt, die ihn als linken Flügelmann zur gelegentlichen Verwendung für ein Alibi ganz gern gewähren ließ.

Ernst Meyers politische Laufbahn war die eines leuchtend sauberen Menschen, einer tapferen Persönlichkeit, eines Mannes, dessen Schritte niemals den klaren Weg der Ueberzeugung verließen. Als junger Akademiker trat er in die sozialdemokratische Partei ein; der Ausbruch des Krieges fand ihn als politischen Redakteur des „Vorwärts“, und dem Einfluß des damals 27jährigen Revolutionärs war die im Anfang des irrsinnigen Verbrechens anständige und würdige Haltung des Zentralorgans der Partei zum guten Teile zuzuschreiben. Die Scheidemänner und Weise setzten alle

Kräfte in Bewegung, um das Blatt der Berliner Arbeiter in den Dienst ihres Prinzipienverrates, ihres Hohenzollern-Patriotismus zu zwingen. Hinter der „Vorwärts“-Redaktion, hinter Ernst Meyer standen die Arbeiter, die ihren Karl Liebknecht nicht verleugnen wollten. Da entschlossen sich die Sozialpatrioten zur Gewalt, deren Ausübung sie der Macht überließen, die ihre Gefälligkeiten zu nützlich fand, als daß sie nicht zur Gegenleistung hätte bereit sein sollen. Der Parteivorstand veranlaßte das Generalkommando zur Unterdrückung der Zeitung, die Redaktion flog auf die Straße, und die Generale Wilhelms II. erlaubten das Erscheinen des „Vorwärts“ erst wieder, als ihnen Herr Stampfer als Chefredakteur geliefert wurde, unter dessen Leitung das Blatt zur reaktionärsten Verhöhnung aller proletarischen Ansprüche heruntergesudelt wurde. Ernst Meyer wandte sich jetzt ganz der unterirdischen Arbeit zur Durchkreuzung der Kriegspolitik und zur Herbeiführung der Revolution zu. Er gehörte zu den Begründern des Spartakusbundes, zu denen, die mit Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring der Novemberbewegung den Auftrieb zur sozialen Revolution zu geben versuchten. Die Gegenrevolution der Ebert, Noske, Scheidemann und ihrer Jornde und Lüttwitze brachte ihn ins Gefängnis und immer von neuem in Konflikt mit der Staatsmacht der Südekum, Landsberg, Heine und ihrer Prokuristen mit den goldenen Achselstücken, den samtenen Baretten, den Polizeisäbeln und den gespickten Brieffaschen. Bei der Gründung der KPD, unterstützte er die von Levi geführte gemäßigte Richtung, die vorn vornherein die Taktik der alten Sozialdemokratie mit Wahlbeteiligung und Gewerkschafts-Zentralismus wieder einführen wollte, in der Meinung, zu der sich ja später alle Führergruppen der Partei bis heute bekannt haben, daß die Revolutionierung des Proletariats keiner neuen Kampfformen, sondern nur der Wiederbelebung des alten Kampfeistes durch neue Persönlichkeiten bedürfe. Meyer war orthodoxer Marxist und um so weniger veranlaßt, die von Marx und Engels in der ersten Internationale vertretene Politik der Eroberung von Machtpositionen im Staat preiszugeben, als der von ihm glühend verehrte Lenin dieser Politik, besonders in der Broschüre vom Radikalismus als der Kinderkrankheit des Kommunismus eifern das Wort redete. In Widerspruch zur offiziellen Parteipolitik geriet er, als erst Ruth Fischer und Scholem und dann, nach dem zweijährigen Intermezzo der Auswirkung des EKKI-Briefes von 1925, die gegenwärtige linke Gruppe um Thälmann an die Spitze traten. Ihm lag der Wortradikalismus gar nicht; er war ein stiller Arbeiter im Dienste seiner Sache, der er nach außen keine andere Fahne anstecken mochte, als dem inneren Wesen entsprach. Den Brandlerschen Losungen, die fast vollständig auf die alte Melodie der USPD, gestimmt sind, mochte sein revolutionäres Gewissen nicht einfach folgen, doch lehnte er die Brandmarkung der ausgesprochenen rechten Kommunisten, die ja doch die meisten Spartakuskämpfer, seine besten Revolutionskameraden wie Thalheimer, Frölich, Walcher usw. in ihren Reihen haben, als Abtrünnige und Verräter heftig ab, wie er zuvor auch die Ausschlüsse und rüden Beschimpfungen der sogenannten Ultralinken, denen er gesinnungsmäßig ferner stand, mißbilligt hatte. Diese Duldsamkeit, die ihm und seiner Fraktion — er hat nie gelehnet, fraktionell tätig zu sein — den Namen Versöhnler eintrug, entsprach durchaus dem Charakter Ernst Meyers. Er war kein Draufgänger und sein Temperament war keine lodernde Fackel, aber es war ein ruhiges, klares Licht, das ohne Grellheit und Geflacker den Weg gleichmäßig erhellte, den zu gehen Ernst Meyer für richtig hielt, um zur Revolution und zum Sozialismus zu gelangen. Sein Weg war nicht der unsere, aber sein Tod hat uns einen guten Nachbarn entrissen.

Mit Paul Levi ist uns kein Freund gestorben; über ein menschliches Bedauern hinaus geht uns sein Abscheiden nichts an. Ein Rechtsanwalt, ausgestattet mit großen rednerischen Gaben, mit dem sicheren Blick für Wirkungen auf Augenblicksstimmung der Geschworenen und des Publikums,

so begann Levis Aufstieg in die politischen Sphären. Das entscheidende Erlebnis war der Prozeß Rosa Luxemburgs vor der Frankfurter Strafkammer 1913, in dem der 30jährige Verteidiger zum ersten Male die Stimme erheben konnte zu einem Plädoyer, das die Arbeiter in ganz Deutschland aufhorchen ließ. Die leidenschaftliche Revolutionärin hatte den preußischen Militarismus der systematischen Grausamkeit bezichtigt, hatte behauptet, in den Kasernen seien Soldatenmißhandlungen an der Tagesordnung. Levi hielt eine meisterhafte Rede, die nicht so sehr darauf ausging, seine Schutzbefohlene vor dem Gefängnis zu bewahren, als darauf, den Popanz des bunten Rockes zu enthüllen, die staubige Rückständigkeit der in Uniform maskierten preußischen Staatsdisziplin anklagend bloßzustellen. Rosa Luxemburg selbst war begeistert und aus der Begegnung von Angeklagter und Advokaten wurde die Freundschaft politischer Menschen. Von hier aus floß revolutionärer Elan in die kluge Dialektik des Juristen und unter dem Einfluß der starken Persönlichkeit seiner Mandantin wuchs die politische Gestalt Paul Levis zeitweilig über das Maß, in das der fähige Anwalt, der gebildete Aesthet, der blendende Rhetoriker von Natur aus gebannt war. Im Kriege stand er bei den Revolutionären, da er bei Rosa Luxemburg und ihrem Gefährten Leo Jogisches stand. Er hielt zu Spartakus, weil Rosa Luxemburg Spartakistin war. Er war ihr Schüler, da er damals in Frankfurt ihr Beschützer gewesen war. Dies ist der sympathischste Zug im Charakter Levis, soweit er der Öffentlichkeit sichtbar geworden ist. Die faszinierende Beredsamkeit des Mannes trug ihn bei der Gründung der kommunistischen Partei an ihre Spitze. Dann kam die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, ein furchtbarer Schlag für Levi, der ihn menschlich im Tiefsten erschütterte, ihn gleichzeitig aber politisch verwaiste. Er mußte nun selbständig urteilen, selbständig handeln, selbständig eine junge revolutionäre Organisation zum rechten Tun bestimmen. Hier versagte er. Der Heidelberger Parteitag war die Reifeprüfung des revolutionären Politikers Paul Levi; diese Prüfung bestand er nicht, in ihr erwies sich nicht der politische Meister, den die Nachrufe aus ihm machen wollen, sondern wieder nur der geschickte Advokat, der er vor der Freundschaft mit Rosa Luxemburg und Leo Jogisches gewesen war. Ihre Mörder hatten auch Levis politisches Genie getötet.

Dies erklärt den ganzen Werdegang des begabten und mit vielen Vorzügen ausgestatteten Menschen; er war kein politischer Kopf, er war Revolutionär nur aus persönlicher Verehrung für seine Lehrerin, und je mehr er sich in die Politik verstrickte, die er für eine juristisch-taktische Aufgabe hielt, um so weiter entfernte er sich folglich von den Forderungen der proletarischen Revolution, der er sich selber ja nur aus Pietät verbunden fühlte. Schon die Heidelberger Leitsätze, die sein Werk waren, noch mehr die rednerische Begründung, die er ihnen auf den Weg gab, zeigen ihn als klügelnden Opportunisten, der die politische Arena für ein juristisches Forum hält, der glaubt, die Revolution in verpflichtende Paragraphen schnüren zu können, der seine Dialektik scheiden läßt zwischen Gerechten und Ungerechten, der bestimmte Mittel des revolutionären Kampfes erlaubt, andere verbietet, der jede Regung der Persönlichkeit im proletarischen Aufbegehren, jede Empfehlung direkten Eingreifens ohne Befehl von oben als syndikalistisch und anarchistisch verwirft und die Worte Syndikalist und Anarchist geradezu zu Schimpfworten stempelt. Die KAPD, spaltete sich ab: Levis Werk; die KPD, wurde zur keifenden Schulmeisterin in der revolutionären Bewegung und stieß dadurch schon frühzeitig ausgezeichnete revolutionäre Kräfte in Verärgerung und Passivität: Levis Werk; die Abkehr des besten Teiles des revolutionären Proletariats von parlamentarischer Schwätzerei und gewerkschaftlicher Tarifmeierei wich erneutem Vertrauen auf die reformistischen Methoden der Sozialdemokratie; zum größten Teil Levis Werk. Der Kapp-Putsch erwies Paul Levi als völlig entschlußlosen politischen Dilettanten; er überließ die Initiative zur Abwehr den Un-

abhängigen und kam endlich angesichts der ungeheuerlichen Schandtaten der Ebert und Bauer gegen die kämpfenden Arbeiter, angesichts des gemeinen Bruchs des Bielefelder Abkommens durch Severing mit dem schönen Vorschlag zutage, es solle eine Reichsregierung von linken Sozialdemokraten und rechten Unabhängigen gebildet werden, zu der sich die KPD, in „loyale Opposition“ stellen werde. Die Erhebung des Proletariats im mitteldeutschen Aufstand mißbilligte er. Das war sein Recht, und das Verhalten der Partei gab zur Kritik zweifellos manchen Anlaß. Aber Levi platzte mit seiner Kritik in einer Broschüre heraus, die während des Tobens des Standrechts dem Klassenfeinde eine Fülle willkommensten Materials in die Hände gab und der Sache des revolutionären Proletariats entsetzlich geschadet hat. Sicher war diese Wirkung nicht gewollt, aber sie war da und bewies von neuem, daß Paul Levi ein ausgezeichnete(r) Anwalt seiner Auffassung, aber das Gegenteil von einem weitblickenden Politiker war. Er gründete die KAG., die sehr rasch zerfiel und trat in die USP. ein. Das Republik-Schutzgesetz wurde vorgelegt und Paul Levi erklärte in einer Mitgliederversammlung seiner Partei, das Gesetz sei einwandfrei, da starke Garantien dafür gegeben seien, daß es nur gegen rechts angewendet werden dürfe. Jeder kleinste Rotgardist hinter schwedischen Gardinen sah den Niederr voraus, der große Politiker Levi vertraute der Gerechtigkeit der Bürgerjustiz, die er nur als Rechtsanwalt und nie als angeklagter Rebell kennengelernt hatte. Dann ging er zur Sozialdemokratie und bildete sich ein, er werde kraft seiner politischen Ueberlegenheit die Noskes in die Wüste jagen können. Was hat er als Mitglied der Scheidemann-Partei dem Proletariat genützt? Nichts, weniger als nichts. Wenn die Sozialdemokraten einmal im Reichstag Opposition markieren wollten, schickten sie Paul Levi vor und er hielt eine vortrefflich stilisierte Rede, die keine Spur praktischen Wert hatte. Daß er sein eigenes linkes Parteiblatt redigierte, eine Korrespondenz für Eingeweihte, gab den Welsen die Möglichkeit, sich wegen ihrer Toleranz in die Brust zu werfen, und als Levi auf dem Magdeburger Parteitag radikale Töne anschlug, klopfte ihn der Vorwärts freundlich auf die Schulter: es sei ein Genuß gewesen, die glänzende, wenn auch inhaltlich nicht ernst zu nehmende Rede zu hören, und der Redner habe sogar einen Sportanzug dazu angehabt. Mam schämte sich für den Freund Rosa Luxemburgs, wenn man das las und entschuldigte ihn: der Mann hat kein Gefühl für Politik.

Seine große Stunde erlebte Paul Levi noch einmal beim ersten Jorns-Prozeß, wo ihn der Schmerz um die Toten von 1919 und der heiße menschliche Zorn gegen ihre Mörder und deren Beschützer zu einer mächtigen und großartigen Anklagerede begeisterte. Aber damals schon wurde ihm hier vorgeworfen, daß er von den wahren Beschützern der Pabst und Vogel geschwiegen habe, aus Scham vielleicht, weil er selber ihr Parteigenosse geworden war. Ach nein, er hatte aus Politik geschwiegen. Das hat sich leider im zweiten Jorns-Prozeß herausgestellt, während dessen Verhandlungen ihn der Tod wegnahm. Das Verhängnis wollte, daß Paul Levi bei seinem allerletzten öffentlichen Auftreten sich einen tief beschämenden Abgang schuf. Auf die direkte Frage des Gegenanwalts, ob denn nicht auch die sozialdemokratische Regierung selbst die Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs gedeckt und die Wahrheit über ihr schreckliches Ende zu vertuschen gesucht hätte, antwortete der wieder ganz zum Advokaten gewordene Verteidiger Levi, der glaubte, diese Antwort sei politische Klugheit, er habe sich durch das Aktenstudium überzeugt, daß auf die Regierung von damals kein Schatten falle. Noske, gedeckt von Paul Levi gegen den Verdacht, er habe die Mörder Rosa Luxemburgs nicht der Sühne überliefern wollen! Das war der letzte noch mögliche Beweis dafür, daß Paul Levi niemals hätte in der revolutionären Bewegung als Politiker wirken dürfen. Er war ein Advokat, kein Revolutionär, und in seinen besten Tagen ein geschickter Advokat der Revolution.

Daß Levi, wie alle seine Freunde bestätigen, privat eine liebenswerte, hilfsbereite und geistvolle Persönlichkeit gewesen ist, soll ihm gern zum Guten angerechnet werden. Ernst Meyer aber war mehr: ein lauterer, gradliniger Geist in all seinem revolutionären Streben und gerade darum auch ein politisch zuverlässiger Mensch.

FANAL

Halbjahrs-Abonnenten!

Mit diesem Heft schließt das erste Halbjahr des IV. Jahrgangs ab. Es wird dringend gebeten, das fällige

Bezugsgeld umgehend
auf Postscheck Erich Mühsam,
Berlin, Nr. 82419 einzuzahlen.
Zahlkarte liegt bei.

FANAL ist infolge der schweren Wirtschaftskrise und der wachsenden Arbeitslosigkeit unter den Genossen in ernster Bedrängnis!

**Sammelt!
Werbt!
Helft!**

Geschäftsstelle des „FANAL“
Berlin-Britz, Dörchläuchtingstr. 48

Faschismus - Bolschewismus Anarchismus

Thema der Oeffentl. Versammlung am Freitag, den 7. März, 19 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im Frankfurter Hof, Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 313

Referent: **ERICH MÜHSAM**

Erscheint in Massen!

Freie Aussprache!

Gruppe Osten, F. K. A.

Gruppe Neukölln, Anarch. Vereinigung.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

regelmäßig Donnerstags 19 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Lokal Köhler, Neukölln,
Ziethenstr. 64

Donnerstag, den 6. März:

Vortrag von Fritz Linow über:
„Partei und Gewerkschaft — die
Stützen des Staates“

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

Gruppe Zentrum

Genossen, helft am Aufbau der Gruppe Zentrum.
Gruppenabend jeden Freitag 19 $\frac{1}{2}$ Uhr beim
Genossen Gerhard Reinecke, Berlin NO 18,
Landsberger Straße 32, Ausgang C, 3 Treppen.

Quittung über Spenden für FANAL

Durch	P. Kut, Berlin N	Mk.	2.50
"	H. Loßner, Berlin	"	4.95
"	O. Plappert, Berlin	"	12.00
"	H. Leupold, Nürnberg	"	4.60
"	M. Niedermaier, München	"	5.00
"	H. Bisser, Mulhouse	"	5.00

Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch

Von B. Liber, New-York

(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung

Fritz Gross: Die letzte Stunde

Legenden vom Tode

Erschienen im ASY-Verlag, Berlin O 34, Warschauer Str. 62
328 Seiten Einbandentwurf von Will Faber-Berlin. In Leinen
6.- Mk. Viermarkband der „Gilde freihell. Bücherfreunde“.

Diese „Legenden vom Tode“ sind ein menschliches Dokument von seltsamer und überwältigender Fülle. Repräsentanten der Menschheit aus zahllosen Generationen erstehen vor dem Leser und werden gestaltet — in ihrer letzten Stunde. Ruhm, Eitelkeit und Macht, alle Aeußerlichkeiten des Lebens verfliegen, und der Glanz echter Menschlichkeit leuchtet unvergänglich auf. Dieser Totentanz führt die großen Denker, Wohltäter und selbstlosen Revolutionäre der Menschheit aller Zeiten und Völker neben den berühmten Eroberern und Unterdrückern vor unser Auge — sie alle erwachen zu neuem Leben, und das Ursprüngliche und Wesenhafte kommt an den Tag. Gross' Buch ist, in einer reinen, klaren Sprache geschrieben, ein schönes Stundenbuch, ein Lesebuch der Besinnung für alle mit sich und den Uebeln dieser Zeit ringenden Menschen.